Stellungnahme der Stadt Kaltenkirchen zum NEP

Der Bau- und Umweltausschuss der Stadt Kaltenkirchen hat in der Sitzung am 08.12.2015 folgende Stellungnahme zum NEP beschlossen :

Die Stadt Kaltenkirchen lehnt Trassenplanungen für die Errichtung einer 380-kV-Leitung (Projekt 72, Maßnahme 50, Kreis Segeberg – Raum Lübeck) über Kaltenkirchener Hoheitsgebiet ab.

Die Stadt Kaltenkirchen hat aus Gründen der Solidarität mit den Nachbargemeinden bereits dem Neubau der am 20.02.2015 planfestgestellten 380-kV-Leitung "Audorf – Hamburg-Nord" entlang der Autobahn 7 zugestimmt. Die Nachbargemeinden Oersdorf, Kisdorf und Henstedt Ulzburg werden durch die nunmehr planfestgestellte Trasse entlastet, die dort vorhandene Leitung wird abgebaut. Durch den Bau der 380-kV-Leitung wird für die Stadt Kaltenkirchen und die Gemeinden Alveslohe, Nützen und Schmalfeld eine neue Belastung geschaffen. Weitere Belastungen durch den Netzausbau, dazu gehört insbesondere auch die Errichtung eines Umspannwerkes, werden nicht hingenommen und sollten stattdessen gleichmäßig auf mehrere Städte und Gemeinden verteilt werden.

Durch ein dem noch durchzuführenden Planfeststellungsverfahren vorgeschaltetes Dialogverfahren für das Projekt 72, Maßnahme 50, wurde mit umfangreicher Bürgerbeteiligung eine Vorzugstrasse ermittelt. Diese verläuft auf der Trasse der seit Jahrzehnten bestehenden 220-kV-Leitung. Diese Trasse entspricht dem Prinzip der Bündelung, die beim Netzausbau zu berücksichtigen ist. Die Stadt Kaltenkirchen hält die in Bad Oldesloe am 22.04.2015 vorgestellte Präferenztrasse auf der bestehenden 220-kV-Leitung für einen vertretbaren und ausgewogenen Kompromiss bei der Abwägung aller Kriterien.

Im südöstlichen Stadtgebiet von Kaltenkirchen sind aus dem wirksamen Flächennutzungsplan die rechtskräftigen Bebauungspläne Nr.61 "Westerwohld-Nord" und 74 "Hochmoor" für eine gewerbliche Nutzung entwickelt worden. Auf der Fläche südlich der Maybachstrasse / nördlich L 326 (Zubringer zur A 7) hat die Firma Jungheinrich ein Hochregallager errichtet und dabei die gemäß der 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61 mögliche Gebäudehöhe von 35 m mit ca. 32 m fast ausgeschöpft. Der Neubau einer Freileitung im Korridor zwischen Kaltenkirchen und Henstedt-Ulzburg entlang des Zubringers zur A 7 ist in diesem Zusammenhang nach Auffassung der Stadt Kaltenkirchen ausgeschlossen.

Entwicklungspotenziale für Wohnbauflächen in der Stadt Kaltenkirchen können nur noch im nördlichen Stadtgebiet verwirklicht werden, da im Westen eine künftige Ausweisung von entsprechenden Flächen durch die BAB 7 und im Süden durch die vorhandenen Gewerbegebiete aufgrund der Lärmbelastungen nicht mehr möglich ist. Das östliche Stadtgebiet ist bereits bis zur Stadtgebietsgrenze entwickelt. Der Neubau einer Freileitung nördlich vom bestehenden Siedlungskörper wird daher abgelehnt.

Das Mittelzentrum Kaltenkirchen darf in seiner weiteren städtebaulichen Entwicklung nicht eingeschränkt werden.